

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	6/2022
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	24.05.2022
Zeit:	19:00 Uhr – 20:55 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Volk
Mitglieder anwesend:	<u>Grüne</u> Stadträtinnen Groesser, Schlüchtermann und Dr. Welter; Stadträte Katzenstein und Konrad <u>FW</u> Stadträte Dr. Rothe, Scholl, KH Streib <u>CDU</u> Stadträtinnen Weichert und Oppelt, Stadträte Bernauer, Schendzielorz und Wagner <u>SPD</u> Stadträtin Linier, Stadträte Bergsträsser, Hertel, Hornung und Schimpf <u>Linke</u> Stadtrat La Licata <u>Ohne Fraktionszugehörigkeit</u> Stadtrat Fritsch
weiter anwesend:	Herr Möhrle (FB 3), Frau Holzer (FB 2), Frau Mayer, Fa. BIT Ingenieure Öhringen
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtinnen und -räte Rehberger, St. Streib, Weber, Geißler, Striegel, von Reumont, Wachert
Urkundspersonen:	Stadträte Wagner und Hornung
Sachvortrag:	Frau Holzer (TOP2), Frau Mayer (TOP 3), Herr Möhrle (TOP 6)
Schriftführerin:	Frau Polte

Bürgerfragestunde

Ein Neckargemünder Bürger nimmt auf den Bericht in der Rhein-Neckar-Zeitung über den städtischen Haushalt 2022 Bezug und fragt nach den Gründen für die Personalkostensteigerung von 800.000 Euro. Der Bürgermeister antwortet, die Steigerung habe sich aufgrund von Tariflohnsteigerungen, Coronaprämien, dem in den letzten Jahren erhöhten Betreuungsschlüssel in den Kinderbetreuungseinrichtungen sowie die Kosten für Integrations- und Klimaschutzmanagement ergeben. Die Kosten würden brutto ohne Gegenfinanzierungen durch Förderungen in den Haushalt eingestellt. Auch wenn bestehende Förderungen in künftigen Jahren wegfallen, müsste man weiter mit den Kosten rechnen, da das Personal dann in der Verwaltung vorhanden sei.

Der Bürger erkundigt sich weiter nach dem Planungsstand für den Breitbandausbau in der Gesamtstadt, und mit welchen Zeiträumen zu rechnen sei. Der Bürgermeister antwortet, sowohl Schulzentrum als auch die Grundschule Neckargemünd würden bis zum Sommer durch Glasfaser angebunden. Im Juli wolle er im Gemeinderat zwei vorhandene Angebote für den Ausbau der gesamten Stadt vorstellen. Zeitlich müsse man rund 2 Jahre rechnen. Im Herbst käme man in die Vorvermarktungsphase, nächstes Jahr könne man mit dem Ausbau für ganz Neckargemünd rechnen, sofern ein gewisser Anteil der Bevölkerung Interesse am Glasfaseranschluss zeige.

Ein Kleingemünder Bürger sieht bei der Realisierung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (heute auf der Tagesordnung) erneut einen Präzedenzfall, ähnlich wie bei der „Rainbach“. Ihm gehe es ums Prinzip – ob es nicht sinnvoller sei, anstatt den Plan speziell auf die Vorgaben zuzuschneiden, und bei Wegfall der Kriterien möglicherweise feststellen zu müssen, dass der Plan dann falle, stattdessen lieber einen Angebotsbebauungsplan auf den Weg zu bringen. Der Bürgermeister erläutert, es werde heute nicht um das Areal Unger gehen, sondern um eine Korrektur auf dem „Kieselsteine“-Areal. Der ursprüngliche Bebauungsplan lasse keine Gewerbeeinheit für Lebensmitteleinzelhandel zu, und um diese Korrektur gehe es. Damit wolle man dem Gedanken, an dieser Stelle Gewerbe zu ermöglichen, entsprechen und den diesbezüglichen textlichen Fehler korrigieren. Zudem werde ein vorhabenbezogener Bebauungsplan in der Regel verbunden mit einem Durchführungsvertrag geschlossen. Den vorhabenbezogenen Plan in einen Angebotsbebauungsplan umzuwandeln, sei nicht möglich – man müsse in einem solchen Fall ein ganz neues Verfahren anregen. Eine Befreiung sei auch nicht möglich. Das Baurechtsamt habe darauf gedrungen, dass der Gemeinderat sich damit nochmals befasst.

Ein weiterer Neckargemünder Bürger will wissen, was der Bürgermeister als Antwort bekomme, wenn er im Landratsamt nach dem Umsetzungsstand des Radverkehrskonzeptes nachfrage. Der Bürgermeister antwortet, die damit betraute Sachbearbeiterin sei noch in Urlaub. Auch im Landratsamt habe es krankheitsbedingte Ausfälle gegeben; für nächste Woche sei ihm eine Antwort versprochen worden. Das Straßenbauamt erwäge für die Wiesenbacher Straße eine komplette Fahrbahnerneuerung. In diesem Zusammenhang wäre es nicht sinnvoll, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die gewünschten verkehrlichen Regelungen auf die Straße zu zeichnen, wenn die Straße danach aufgerissen werde. Er habe dem Straßenbauamt signalisiert, wenn die Erneuerung dieses Jahr noch angefangen werde, könne die Stadt sie erst einmal abwarten. Wenn nicht, wolle man die neue Signalisierung auf der Fahrbahn schnellstens vornehmen. In der Bahnhofstraße sei aktuell die Linksabbiegerspur an der großen Kreuzung in Prüfung. Knackpunkt sei insbesondere die Fußgängerquerung, die an einer Stelle Probleme mache. Es sei fraglich, ob das Straßenverkehrsamt diese Fußgängerführung möglicherweise

herausnehmen wolle, um eine Verbesserung der Ampelphasen unter Wegfall einer Spur nach Kleingemünd und großzügigerer Radverkehrsführung zu erreichen. Es seien nochmals Verkehrszählungen gemacht und dabei festgestellt worden, dass jeden Tag insgesamt 40.000 Bewegungen über die Kreuzung fahren. Insgesamt mache keine Verkehrsbehörde verkehrsrechtliche Anordnungen, ohne den gesamten Verkehr zu beachten. Die Stadt Neckargemünd selbst habe nur beratende Funktion und werde gehört, mahne aber hartnäckig.

Ein Dilsberger Bürger möchte wissen, wann und wie die Forderung der Fa. Geomer zum Starkregenrisikomanagement umgesetzt werde, insbesondere wann die Entwässerungsgräben gefräst würden. Der Bürgermeister antwortet, die Fa. Geomer habe keine Forderungen erhoben, sondern Empfehlungen ausgesprochen. Die Gräben würden gemäht, die Mitarbeiter der technischen Dienste hätten das auf dem Plan. Der Herrbach-Graben sei fremdvergeben, regelmäßiges Mähen stehe auch dort im Plan. Der Bürger weist auf die Situation an der Zufahrtsstraße zum Friedhof Richtung Dilsberger Hof hin. Der Bürgermeister sagt zu, die Situation dort vor Ort klären zu lassen.

Der Bürger fragt weiter, wie sich der Bürgermeister die Finanzierung des Feuerwehrhauses Dilsberg vorstelle, wenn das Landratsamt doch schon mehrfach Kostenersparnisse gefordert habe. Außerdem sei die Planung schon 4 Jahre alt, und wie stelle man sich den Bau hinsichtlich Nachhaltigkeit vor? Der Bürgermeister erläutert, das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde habe bisher in jedem Jahr die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes bestätigt. Das Kommunalrechtsamt weise schon seit vielen Jahren regelmäßig darauf hin, dass Neckargemünd eine finanzschwache Gemeinde sei. In Umsetzung dieser Ermahnungen habe man eine Haushaltsstrukturkommission eingerichtet und Ausgabensenkungspotenziale ermittelt. Es sei keine Frage, wie ein Feuerwehrhaus zu finanzieren sei. Nachdem der Erhalt einer funktionsfähigen Feuerwehr eine Pflichtaufgabe der Gemeinde sei, müsse die Stadt ein neues Feuerwehrhaus finanzieren, da es notwendig ist. Wenn die Stadt sparen wolle, müsse sie das an anderer Stelle tun. Im Übrigen sei es nicht Schuld der Stadt, dass die Realisierung nun schon so lange auf sich warten lasse.

19:19 Uhr, es gibt keine weiteren Wortmeldungen aus der Bürgerschaft.

- 1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 05/2022 vom 26.04.2022**
- 1.1: **Sachvortrag:**
Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.
- 1.2: **Beratung:**
- 1.3: **Beschluss:**
Das Protokoll wird von den Urkundspersonen unterzeichnet und vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.
- 2: **Teilnahme am Projekt „Weitersehen“ im Rahmen des Smart Cities Projekts**
- 2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 2 Bildung, Kultur, Personal ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister führt in die Thematik ein und betont, dass das Projekt im Zusammenwirken mit anderen Gemeinden realisiert werden könne. Frau Holzer stellt das Programm anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Anhang beigefügt wird. Zurzeit arbeite man noch an der Vorbereitung unter dem Arbeitstitel und Konzept. Andere Kommunen hätten bereits ihre Mitwirkung zugesagt. Man könne erst mit Planung beginnen, wenn alle Kommunen zugestimmt haben. Es sei sinnvoll, sich zu beteiligen und damit in eine neue Technik hereinschnuppern zu können, sowie das gemeinsam mit dem Rhein-Neckar-Kreis zu tun.

2.2: **Beratung:**

Stadträtin Schlüchtermann führt aus, die Grünen möchten das Projekt gerne unterstützen, damit kleinere Gemeinden weiter für den Tourismus geöffnet werden, jüngere Menschen angesprochen werden, und durch das Angebot von Radtouren Gesundheitsförderung betrieben werde. Allerdings sehe man Probleme beim Thema Radtouren: als erstes müsste die Radinfrastruktur in einen befahrbaren Zustand versetzt werden. Das Projekt solle schon 2023 umgesetzt werden, daher gelte es, jetzt und sofort in das Radwegenetz zu investieren. Sie fragt nach der Arbeitsbelastung für die Verwaltung – welche zusätzlichen Kräfte müssten mobilisiert werden, und was passiere, wenn das Förderprojekt auslaufe. Wer übernehme die weiteren Kosten und Entwicklung? Frau Holzer antwortet, der Rhein-Neckar-Kreis habe versprochen, dass der Arbeitsaufwand für die Kommunen sehr gering wäre. Das meiste werde vom Landkreis und der externen Firma geleistet. Die Weiterfinanzierung bzw. Folgekosten müssten noch mit dem Landratsamt geklärt werden. Jede Gemeinde bekomme dann voraussichtlich einen Infopunkt in der Gemarkung, sie wolle diesbezüglich nochmals nachfragen.

Auch der Bürgermeister sieht den Aufwand als voraussichtlich überschaubar an.

Stadtrat Wagner erklärt, die CDU-Fraktion sehe die Sache positiv, nicht nur als sportlicher Anreiz, sondern auch für den Tourismus, und man könnte das auch in den schulischen Rahmen einbauen. Er fragt nach der Wegführung – warum solle die Strecke durch den Wald verlaufen? Wie solle der Wegausbau aussehen?

Frau Holzer erläutert, die Wegführung sei noch nicht abgestimmt und endbesprochen. Der Weg solle nicht unten im Tal laufen, weil man das Gelände dann nicht richtig sehen könne. Der Weg werde im Gelände noch abgefahren und geschaut, welche Stelle sich für einen Infopoint eigne. Die Streckenführung solle nach Möglichkeit auf Wegen verlaufen, die bereits als breite Rad- oder Wanderwege angelegt sind. Die zuständige Sachbearbeiterin im Landratsamt sei die Strecke schon einmal abgefahren, sie müsse aber noch genau festgelegt werden.

Der Bürgermeister ergänzt, es solle keine Schnellstrecke oder „Jedermannstrecke“ entstehen, sondern ein ausschließlich touristisches Angebot.

Stadtrat Wagner möchte weiterhin wissen, ob die „Points of Interest“ vorgegeben werden, oder oder die Stadt da mitsprechen könne.

Frau Holzer teilt mit, dass die Stadt mitwirken könne. In den Kosten sei für jede Kommune ein Punkt vorgesehen, an dem Geschichte erlebbar gemacht werden solle. Wenn die Stadt einen zweiten Punkt wolle, müsse sie dafür wahrscheinlich noch Geld in die Hand nehmen, habe aber gewiss Einflussmöglichkeiten.

Stadtrat Schimpf ist der Auffassung, die erforderlichen 4.000 Euro solle man nicht dem Sparzwang opfern wie manches andere, das zwingend werden eingespart werden müssen, weil die Stadt nicht öde werden solle – man müsse auch an Aktivitäten und die Außendarstellung der Gemeinde denken.

Stadtrat Fritsch hat im Archiv nachgeschaut und dabei viele Punkte erkannt, die schon jahrelang aus der Mitte des Gemeinderates vorgeschlagen werden. Neckargemünd habe enorm viel Potenzial, warum nehme man ein solches Projekt in Neckargemünd nicht selbst in die Hand? Man habe viel schleifen lassen. Insgesamt sei er aber auch für die Umsetzung.

Der Bürgermeister widerspricht der Kritik. Die Stadt habe nichts schleifen lassen, man müsse sich nur das Arbeitspensum von Verwaltung und Gemeinderat anschauen.

Stadtrat Hertel gefällt das Konzept sehr gut. Ähnliche Beispiele gebe es schon in anderen Städten, etwa die „Dinotour“ in Bad Mergentheim, wobei es auch einen gewissen Spielcharakter bei der Tour gebe. Sei so etwas auch angedacht? Evtl. gebe es auch Kooperationsmöglichkeiten mit den „Freiräumen“.

Frau Holzer erläutert, im Rahmen dieser Radtouren sei an einen gewissen spielerischen Touch gedacht. Insgesamt sei es interessant, dass man für einen relativ kleinen Betrag Expertise in den Bereichen „augmented reality“ und „virtual reality“ erlangen könne, die man noch nicht habe, und auch sehen könne, wie so etwas angenommen werde.

Stadtrat Dr. Rothe sieht die 4.000 Euro nicht als Zusatzausgabe - Marketing müsse die Stadt sowieso betreiben.

Stadtrat Hornung fragt, inwieweit es schulische Kooperationen geben kann, insbesondere im Bereich Geographie?

Der Bürgermeister erläutert, soweit er die Schulleitungen kenne, seien diese sehr aufgeschlossen für diese Dinge, evtl im Geographie- oder Sportbereich. Wegen der Streckenlänge sei so etwas eher für die Sekundarstufe geeignet.

2.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt einstimmig einer Teilnahme am Projekt „Weitersehen“ zu.

3: **Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften „Neckarsteina-
cher Straße 12“ – 1. Änderung im vereinfachten Verfahren
– Billigung des Planentwurfes und öffentliche Auslegung.**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 6 Bauwesen, Tiefbau, Verkehr ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Frau Mayer erläutert die Änderungen anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Frau Lutz ergänzt, wenn „zentrenrelevante Sortimente“ ausgeschlossen seien, werde damit fast jede Verkaufssparte ausgeschlossen. Dies sei für Kleingemünd nicht sinnvoll, und auch von den Räten konzeptionell nicht so gewollt gewesen.

3.2: **Beratung:**

Stadträtin Oppelt möchte wissen, wie bei Aufstellung des ursprünglichen Bebauungsplans der Fehler passieren konnte, zentrenrelevante Sortimente auszuschließen, obwohl an der Neckarsteinacher Straße Geschäftsbesatz gewünscht ist. Frau Mayer antwortet, vermutlich wurde der Textbaustein übersehen, der zumeist als Standardformulierung im Ingenieurbüro so vorgegeben sei. Der Bürgermeister ergänzt, diesen textlichen Fehler könne man leicht korrigieren. Der schlimmere Fall wäre gewesen, wenn man etwas erlaubt hätte, was man eigentlich nicht wolle.

Stadträtin Groesser ist eine Unstimmigkeit bei den Formulierungen zu den Werbeanlagen, die auch geändert werden sollten, aufgefallen. Im Begründungstext auf Seite 4 seien leichte Einschränkungen für das Anstrahlen der Werbeanlagen aufgenommen. Das widerspreche dem Text auf Seite 5, nach dem Lichtwerbung generell ausgeschlossen wäre. Frau Mayer sagt zu die Begründung anzupassen, indem der 2. Absatz auf S. 5 herausgenommen werde.

Frau Lutz trägt einen gegenüber der Vorlage neuen Aspekt vor: der Nutzer habe sich schon Vorstellungen zum Aussehen der Werbeanlage gemacht. Sie stellt dem Gremium eine entsprechende Grafik zur Visualisierung vor, die dem Protokoll ebenfalls als Anlage beigefügt wird. Der Geschäftsinhaber wolle zwei Pylone, orientiert an Größe des bestehenden „Bosch“-Werbepylons aufstellen, jeweils mit den Maßen 1 x 3 m. Zulässig wären 1,5 qm Werbefläche. In den alten Festsetzungen war eine Werbefläche von 1 m an Gebädefassade zulässig. Der Gemeinderat solle nun eine Aussage treffen, was man zulassen wolle.

Stadträtin Groesser gibt zu bedenken, dass die großen Supermärkte in Kleingemünd bereits riesige Werbeanlagen aufgestellt haben. Wenn man nun bei einem Betrieb, der neu ist, andere Maßstäbe anlegen wolle, empfinde sie das als merkwürdig.

Stadtrat Dr. Rothe und Stadträtin Weichert argumentieren ähnlich. Man sollte dem Geschäftsinhaber daher seinen Wunsch nicht verwehren.

Stadtrat Fritsch hält ein so großes Schild nicht für so sinnvoll.

Stadtrat Hertel weist darauf hin, dass entlang der Neckarsteinacher Straße demnächst Tempo 30 gelten werde. Pylone mit den Maßen, wie sie der Geschäftsinhaber möchte, hätten Bundesstraßenmaß. Wenn man künftig auf der Straße weniger schnell durchfahre, müsse der Pylon nicht notwendigerweise so groß sein. Auch umfasse die Bosch-Werbung nur 1,5 m im Quadrat, sie stehe einfach nur erhöht und wirke daher größer. Zusätzlich müsse man die Sicherheit an der Radwegführung bedenken. Die Ausfahrt aus dem Parkplatz erlaube bei einem so großen Schild möglicherweise keine so gute Sicht auf den querenden Radweg. Wenn man beispielsweise eine Werbeanlage mit 1,5 m im Quadrat auf ein Stahlrohrgerüst stelle, würde die Sicht weniger behindert.

Der Bürgermeister schlägt eine Größe von 1,5 qm vor. Er erläutert, wenn man so etwas wolle, müsse man entweder eine entsprechende Umplanung machen bzw. die

Anpassung jetzt im Rahmen der Beschlussfassung vorsehen. Über eine spätere Befreiung werde es nicht machbar sein.

Im Gremium entsteht Übereinstimmung, zwei Werbeanlagen mit max. 1,5 m Werbefläche zuzulassen, wobei im unteren Bereich ein gewisser Sichtfreiraum erhalten werden sollte, aus Gründen der Sicherheit für die anderen Verkehrsteilnehmer, insbesondere Radfahrer. Der Geschäftsinhaber müsse dann sehen, wie er seine Wünsche auf die Vorgabe anpasse.

Für die Beschlussfassung, in der man jetzt die Anpassung vornehmen könnte, käme als weitestgehender Vorschlag 2 Pylone mit je 3 auf 1 m in Frage, oder 2 Werbeanlagen mit max. 1,5 m Werbefläche, unten offen. Frau Mayer ergänzt, es wäre sinnvoll, auch noch den Sichtfreiraum für die anderen Verkehrsteilnehmer, insbesondere für den Radverkehr, mit in den Beschluss aufzunehmen, damit die Sichtbeziehungen gewahrt sind; ebenso die Anpassung der Begründung.

3.3: **Beschluss:**

Für den im Lageplan in der Fassung vom 24.05.2022 dargestellten Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Neckarsteinacher Straße“ erfolgt nach § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 8, §12 u. §13 die 1. Änderung.

Der beigefügte Änderungsentwurf mit örtlichen Bauvorschriften wird mit den folgenden Vorgaben einstimmig gebilligt:

- Zentrenrelevante Sortimente werden nicht mehr ausgeschlossen.
- Für den Geschäftsbetrieb werden zwei Werbeanlagen zugelassen mit jeweils 1,5 m im Quadrat Maximalfläche. Bei Gestaltung und Aufstellung der Werbeanlagen muss ein entsprechender Sichtfreiraum gestaltet werden, so dass die Sichtbeziehungen auf die anderen Verkehrsteilnehmer, insbesondere Radverkehr, an der Neckarsteinacher Straße gegeben sind.
- Die textliche Begründung hinsichtlich der Beleuchtung der Werbeanlagen (S. 3, 4 und 5) ist anzupassen.
- Die öffentliche Auslage ist unter Zugrundelegung der in der heutigen Sitzung beschlossenen Fassung vorzunehmen.

4: Verkaufsoffene Sonntage

4.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert die Thematik kurz.

4.2: **Beratung:**

Stadträtin Oppelt begrüßt diese Aktionen.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Satzung wie in der Vorlage.

5: Zustimmung des Gemeinderates zur Abberufung des 1. Stellv. Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd – Abt. Stadt

5.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 4 Bürgerdienste, Ordnung, Sicherheit ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister erläutert die Vorlage kurz.

5.2: **Beratung:**
Stadträtin Oppelt drückt seitens der CDU-Fraktion ihr Bedauern aus, und fragt, ob es Ersatz für Herrn Dr. Rohrer gebe. Sie habe ihn als sehr kompetent empfunden. Er habe die FW sehr bereichert. Hätte man ihn halten können? Der Bürgermeister antwortet, Herr Dr. Rohrer übernehme weiterhin die Jugendleitung. Die Abteilung werde in den nächsten 3 Monaten auf einer Abteilungsversammlung nachwählen. Es müsse aber nicht unbedingt schnell jemand gewählt werden, da es noch einen zweiten Stellvertreter gebe. Die Feuerwehr Neckargemünd habe eine sehr guten Führungsnachwuchs.

Stadtrat Fritsch versteht, dass der Arbeitsaufwand sehr hoch ist. Führungskräfte seien daher bei einer ehrenamtlichen Wehr sehr rar.

5.3: **Beschluss:**
Der Gemeinderat stimmt einstimmig der Abberufung von Herrn Dr. Lennart Rohrer als 1. Stellv. Abteilungskommandant der Freiwilligen Feuerwehr Neckargemünd-Abt. Stadt zu.

6: Haushalt 2022 - Bestätigung der Gesetzmäßigkeit

6.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt. Der Bürgermeister führt aus, die Ermahnungen seien schärfer als in den letzten Jahren ausgefallen. Herr Möhrle nimmt Bezug auf den Gesprächstermin im Landratsamt, worin die Genehmigung in Aussicht gestellt, sowie entsprechende „Hausaufgaben“ auf den Weg gegeben wurden. Zu Recht werde nachdrücklich gefordert, dass die Stadt das Defizit weiterhin reduzieren müsse. Man werde auch liebgewonnene Standards hinterfragen müssen. Die Haushaltsstrukturkommission habe vor drei Wochen getagt, auch in der nächsten Woche stehe ein weiterer Termin an. Die Begleitung durch die Strukturkommission werde die Stadt als ständig laufender Prozess nicht nur in diesem Jahr begleiten. Die Verwaltung sei in einigen Bereichen schon in Umsetzung gegangen, andere Vorschläge würden in nächster Zeit dem Gremium unterbreitet werden.

6.2: **Beratung:**
Stadtrat Katzenstein betont, man müsse das Thema ernst nehmen, aber auch mit Fingerspitzengefühl herangehen, damit sich Einsparungen nicht später rächen. Es hätte ihn sehr gewundert, wenn der Haushalt bei dem sehr kompetenten Team in der Verwaltung nicht genehmigt worden wäre.

Stadtrat Schimpf unterstützt das Lob von Stadtrat Katzenstein. Es sei nicht einfach, den Mangel zu verwalten. Man sei dankbar, dass die Kämmerei auch die Dinge, die der Gemeinderat nicht immer sehe, etwa Schuldentilgungen, im Auge habe. Er hofft, dass man mit kleineren Absenkungen klar komme und nicht schockhaft große Einschnitte nötig würden. Eine Schließung von Einrichtungen wie dem Schwimmbad wäre das letzte, an das man gehen solle. Wichtig wäre, zu schauen, wie man das gute Leben in Neckargemünd weiterführen könne, durchaus im Bewusstsein, dass man nicht alles werde erhalten können, was man gewohnt sei. Gewiss werde man nie so weit herunterkommen, dass man vom Landratsamt gelobt werde. Er plädiert dafür, mit Augenmaß zu reduzieren sowie der Verwaltung den Rücken stärken und die Wertschätzung auszudrücken.

Stadtrat Fritsch zeigt sich bewusst, dass die Stadt die „gelbe Karte“ vom Landratsamt erhalten habe. Er rät dazu, sollten den Wohlstand, den man erreicht habe, nicht aus der Hand geben, sondern gemeinsam dazu beitragen, die notwendigen Einsparungen zu schaffen.

Herr Möhrle ergänzt, seit den letzten Jahren gelte eine ganz andere rechtliche Ausgangslage. Es sei nicht mehr wie früher, nach dem alten kamerale Haushaltsrecht, wo man von der Hand in den Mund leben konnte. Das neue kommunale Haushaltsrecht sehe eine Generationengerechtigkeit vor, auf die zu achten sei. Der Bürgermeister merkt an, man könne froh sein, dass die Abschreibungsbeträge heute niedriger sind, als sie noch vor Jahren im Haushalt standen. Wenn man die Abschreibungen außer Acht ließe, wäre der Haushalt ausgeglichen.

Auch Stadtrat La Licata lobt das Team der Verwaltung. Er weist auf eine Formulierung im Anschreiben der Rechtsaufsichtsbehörde hin, das ihm besonders aufgefallen ist: „der gewohnte Standard könne in absehbarer Zeit nicht mehr finanziert werden“. Bei den zahlreichen Aufgaben der Kommunen sieht er ein großes Problem bei der Finanzierung, sofern Land und Bund sich nicht ausreichend beteiligen – das bringe die kommunale Selbstverwaltung in Gefahr.

- 6.3: **Beschluss:**
Ein Beschluss des Gemeinderates ist nicht erforderlich. Der Gemeinderat nimmt die Bestätigung der Gesetzmäßigkeit zur Kenntnis.

7: Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

- 7.1: **Sachvortrag:**
Die Vorlage des FB 3 Finanzen ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.
- 7.2: **Beratung:**
Es gibt keine Wortmeldungen.
- 7.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt einstimmig die in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an bzw. beschließt über deren Vermittlung.

8: Mitteilungen und Anfragen

8.1 Sachstand Fotovoltaikanlagen

Stadtrat Hertel fragt nach der Umsetzung der Fotovoltaik-Anlagen, für die im Haushaltsplan Mittel eingestellt wurden. Der Bürgermeister ist zuversichtlich, dass die Planung umgesetzt werden kann. Er teilt mit, dass am morgigen Tag ein Behördengespräch stattfinden soll, um zu klären, welche Voraussetzungen für den Bau einer Freianlage auf der Mückenlocher Mülldeponie notwendig sind. Es werde eher ein Problem sein, an Module zu kommen. Die Verwaltung wolle kurzfristig Umsetzungsschritte vornehmen und ins Gremium bringen.

8.2 Bericht über Klausurtagung Klimaschutz

Stadtrat Katzenstein bittet darum, dass in der nächsten Sitzung über die Klausurtagung „Klimaschutz“ am 21. Mai berichtet wird und das Thema „Anpassung des Klimaschutzleitbildes“ für den Beschluss vorbereitet wird.

8.3 Freigabe Pfluggasse für Radfahrer

Stadtrat Katzenstein regt an, an den Rhein-Neckar-Kreis heranzutreten, damit das kurze Stück Einbahnstraße ab Pfluggasse- Neckarstraße / Dilsbergerstr. für den Radverkehr freigegeben wird – ggf. vorübergehend den Gehweg für Radler freizugeben.

Der Bürgermeister antwortet, das Thema sei bei der Verkehrstagfahrt besprochen worden. Polizei und Straßenverkehrsamt hätten es abgelehnt, die Straße freizugeben. Man könne durch den Menzerpark fahren. Man habe dort eine Sondersituation mit dem Parkverkehr, habe die Parkplätze extra entsprechend auszeichnen lassen.

Stadträtin Oppelt findet es von der Sicherheit wichtiger, dass Kinder nicht gegen die Einbahnstraße fahren.

8.4 Sachstand Sanierung Grundschule Dilsberg – Mückenloch und Archiv im Rathaus Mückenloch

Stadtrat Bergsträsser erinnert daran, in der Haushaltsklausurtagung sei besprochen worden, dass das Sanierungsprogramm für die Grundschule Dilsberg-Mückenloch im Mai auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte, heute aber nicht auf der Tagesordnung ist. Außerdem fragt er nach der Archivsituation. Es sei eine Besichtigung im Volksbank-Archiv angeregt gewesen. Es seien noch nicht alle Archivalien aus dem Mückenlocher Rathaus entfernt.

Der Bürgermeister antwortet, die Archivbesichtigung habe stattgefunden. Der Bürgermeister informiert weiter, dass bei der Klausurtagung Klimaschutz auch über das Thema Schulsanierung gesprochen worden sei. Das Protokoll der Klausurtagung sei gerade in Arbeit, die Gemeinderäte bekämen alle diesbezüglichen Unterlagen.

8.5 Sachstand Ankauf Martin-Luther-Haus und Verkauf Griechische Weinstube

Stadträtin Oppelt fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister informiert, er habe sich mit der Pfarrerin geeinigt, demnächst in Kaufverhandlungen einzutreten. Die Ev. Kirche habe signalisiert, nur an die Stadt verkaufen zu wollen.

Bezüglich der Weinstube sei man immer noch in Gesprächen, und es seien auch wieder Planunterlagen angefordert worden. In der Angelegenheit neu dazugekommen sei aktuell vor allem das Thema Brandschutz. Ins EG solle ja Gastronomie. Mit diesem Thema beschäftigen sich aktuell auch alle Interessierten. Generell sei festzustellen, wenn man mit Investoren spricht, dass momentan wegen der enormen Baukostensteigerungen das Tempo etwas herausgenommen werde. Grundsätzlich könne sich auch weiterhin jeder bei der Stadt melden und das Gebäude besichtigen. Er hoffe, dass man bis Ende Juli Konzepte vorstellen kann, sowie Preisangebote der Investoren habe.

8.6 Nachbarschaftsgarten Helen-Keller-Weg

Stadträtin Schlüchtermann lobt, dass das Gelände des ehemaligen Spielplatzes am Helen-Keller-Weg nach dem Rückbau sehr schön als Nachbarschaftsgarten umgestaltet worden sei. Für den 28.5. sei dort ein Planungstreffen, den 31.05. ein Generationenpicknick geplant. Das Projekt sei sehr schön angelaufen.

8.7 Ausweichparkplätze Dilsberger Straße für geschlossenes Pflughof-Parkhaus

Stadtrat Wagner möchte wissen, ob die Ausweichparkplätze an der Dilsberger Straße von den Stadtwerken angelegt worden seien. Der Bürgermeister antwortet, die gesamte Maßnahme laufe auf die Stadtwerke. Die Stadt habe die Stadtwerke beraten und darauf gedrungen, dass für die Parkplätze eine richtige Mischung von Parkzeiten und ein Behindertenplatz gewährleistet werden.

Stadtrat Wagner fragt nach einer Verbesserung der Situation: Dort, wo die Kinder jetzt ein- und ausgehen, stehe direkt ein Parkplatz davor. An der Stelle, wo in der Mauer ein kleines altes Türchen ist, wäre ggf. eine bessere Möglichkeit für einen als Ein- und Ausgang.

Der Bürgermeister sagt zu, dies von FB 4, Herrn Horvath, prüfen zu lassen.

8.8 Belegung der Menzer Villa / Projekt „Freiräume“

Stadtrat Fritsch fragt nach dem Sachstand.

Der Bürgermeister informiert, das Projekt sei momentan in der Konzeptphase. Zurzeit würden in der Menzer Villa ukrainische Schüler unterrichtet - zunächst bis zu den Pfingstferien, wahrscheinlich bis zu den Sommerferien.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Wagner

Die Schriftführerin

Stadtrat Hornung